

SPD in der Region Stuttgart

Antrag an den Regionalparteitag vom 27. Oktober 2010 in Esslingen

Antragsteller: Ortsverein Altbach

Betrifft: Stuttgart 21

Der Regionalparteitag möge beschließen:

Für den Fall, dass der von der Landes-SPD geforderte Volksentscheid zu „Stuttgart 21“ aus rechtlichen oder politischen Gründen nicht zustande kommt, wird die Landes-SPD aufgefordert, ihre Zustimmung zu „Stuttgart 21“ zurückzunehmen und eine alternative Lösung im Rahmen der „K-21“-Überlegungen anzustreben.

Begründung:

Da alle problematischen Aspekte von „Stuttgart 21“ hinreichend bekannt sind, nennen wir nur die Hauptgesichtspunkte, die zu unserem Antrag führen. So gut wie alle Grundlagen früherer Beschlüsse haben sich als fragwürdig, vielfach sogar als falsch erwiesen. Das gilt insbesondere für:

- die Kosten, die de facto die vom Landesparteitag der SPD 2009 als Voraussetzung zur Zustimmung gesetzte Grenze von 4,5 Mrd Euro längst überschritten haben, so dass ein positives betriebswirtschaftliches Ergebnis nicht mehr darstellbar ist;
- den verkehrlichen Nutzen, der insbesondere durch die geringe Zahl von Gleisen im Tiefbahnhof und die Engpässe im Filderbereich künftigen Anforderungen nicht genügen wird. Zudem ist ein integraler Taktfahrplan, selbst für den Regionalverkehr, aller Voraussicht nach nicht möglich;
- die Folgen für andere projektierte, volkswirtschaftlich wichtigere Bahnstrecken, da ein „Kannibalisierungseffekt“ durch die für „Stuttgart 21“ zu erwartenden Kosten unbestreitbar ist;
- die Sicherheit in den überlangen Tunneln.

Außerdem:

Unseren Mitgliedern erscheinen die derzeitigen Bekenntnisse verschiedener Parteiebenen zu „Stuttgart 21“ eher taktischer Art, verbunden mit der Hoffnung, durch einen Volksentscheid das Projekt kippen zu können, ohne das Gesicht zu verlieren. Die Mehrheit der Mitglieder dürfte nach allem, was bisher bekannt wurde, das Projekt ablehnen. Derzeit ist aber für Wähler, die „Stuttgart 21“ zu einem entscheidenden Wahlkriterium machen, die SPD in ihrer gespaltenen Situation nicht wählbar:

Tiefbahnhofsbefürworter wählen CDU, Gegner die Grünen. Eine Positionierung wie in diesem Antrag vorgeschlagen würde die SPD für viele wieder wählbar machen und auch eine grün-rote Koalition nach dem 27. März 2011 ermöglichen.

Zuletzt: Da das Land mit 824 Mio Euro am Tiefbahnhof und mit 950 Mio Euro an der Strecke Wendlingen-Ulm beteiligt ist, wären entgegen anderen Behauptungen sehr wohl Mittel verfügbar für andere Bereiche, nicht zuletzt für die Bildung.

Einstimmig beschlossen auf der Mitgliederversammlung des SPD Ortsvereins Altbach am 4. Oktober 2010